

ENERGIE SICHERHEIT	CVP	APD	LRP	PSG	ÖSP
Leitgedanken	Gezielter Umstieg auf neue, Versorgungssicherheit garantierende Energieerzeugung	Zurück zum rot-grünen Atomausstieg und zum erneuerbaren Energiengesetz	Realistischer Ansatz, Umbau ohne ökonomische Verwerfungen	Entschlossener Umbau, nicht zu Lasten der Schwachen sondern in Verantwortung der Energiewirtschaft	Chance zur Etablierung einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, Innovation und neue Exportchancen
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie	Großvolumige Energieerzeugung schafft Verlässlichkeit,	Umbau breit vorantreiben, große Energieversorger und Kleinerzeuger nicht gegeneinander ausspielen	Keine Subventionierung ineffizienter Strukturen zu Lasten der Verbraucher	Energie muss bezahlbar bleiben, verbindliche Quoten für Energieerzeuger	Sonderprogramm dezentrale Energieerzeugung, Küstenschutz
	Ggf. Schutz von Verbrauchern und Industrie vor überhöhten Kostensteigerungen durch zeitl. Streckung	Überhöhte Kosten vermeiden evtl. durch fossile Energien	Preistreibende gesetzliche Eingriffe minimieren	Hochprofitable Energiewirtschaft muss die Kosten tragen	Preisseigerungen schaffen Innovation; Massiver Ausbau führt zu Kosteneffizienz
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	So schnell aussteigen, wie Regenerative und Einsparung die Lücke schließen können (2025).	Zügiger Ausstieg, ggf. übergangsweise durch fossile Energien abzufedern	So schnell aussteigen, wie Regenerative und Einsparung die Lücke ohne Kostensteigerung schließen können (2025).	Kurzfristiger Ausstieg bis 2013	Zügiger Ausstieg bis 2017 als Investition in neue Marktchancen, kein Zurück zur Kohle
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Investitionen in energieeffiziente Gebäudesanierung soll steuerlich absetzbar sein; Länder sollen Genehmigungsverfahren straffen	Steuerliche Absetzbarkeit erreicht nur die mit hohen Einkommen – geht an kleinen Eigenheimbesitzern vorbei. Zügigere Genehmigungen unabdingbar	Steuerliche Absetzbarkeit begünstigt diejenigen, die die Investitionskosten tragen Schon immer für den schlanken Staat	Keine Steuergeschenke an die Reichen! Ordentliche Genehmigungsverfahren brauchen Zeit!	Energieeffizientes Bauen muss durch Zuschüsse gefördert werden! Verkürzung ja, aber nicht auf Kosten der Bürgerbeteiligung

JOURNALISTEN-VERFOLGUNG	CVP	APD	LRP	PSG	ÖSP
Leitgedanken	Pressefreiheit stärken, Journalistenverfolgung ächten, diplomatische und innereuropäische Verwicklungen vermeiden.	Verstöße beim Namen nennen, Solidarität kann auch offene Kritik bedeuten, Kontakte aber nie abreißen lassen (Wandel durch Annährung).	Pressefreiheit als liberale Grundüberzeugung, Interessengeleitete effiziente Einflussnahme statt wohlfreier Lippenbekenntnisse, UN-System sinnvoll weiter ausbauen.	Keine Kompromisse aufgrund ökonomischer Interessen, keine Symbolpolitik, Wahrhaftigkeit.	Glaubwürdigkeit braucht Konsequenz.
Auswärtiger Ausschuss	Kritik unter Regierungskollegen ist wirksamer als öffentliche Pauschalverurteilung. Nennung von Staaten ist kontraproduktiv!	Pressefreiheit ist ein elementarer Wert für die Demokratie, Deutschland muss sich unmissverständlich positionieren.	Wer Handel treibt hat auch Einfluss. Man muss Kanäle offen halten und regelmäßig mahnen.	Klartext reden! Verstöße Chinas, Russlands, Irans usw. deutlich benennen.	Wirksame Außenpolitik darf sich nicht hinter diplomatischen Floskeln verstecken. Maßvolle aber deutliche Kritik!
Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union	Kritik unter Regierungskollegen ist wirksamer als öffentliche Pauschalverurteilung. Auch in der EU bewegen wir uns in der Innen- und Medienpolitik unter souveränen Staaten, solange die rechtlich fixierten Grundlagen beachtet werden.	Grundwerte wie Pressefreiheit sind der Kern des europ. Projekts. Erforderlich für Glaubwürdigkeit ggü. totalitären Staaten.	Im Umgang mit europ. Partnern Rechtslage achten – einmischen, soweit gemachte Zusagen missachtet werden. Grundsätzlich verdiensten Partner Respekt.	„Wehret den Anfängen“. Die Bundesregierung muss ggü Partnern klar Position beziehen, auch und gerade wenn Regierungen aus der gleichen Parteifamilie stammen.	Europapolitik ist Innenpolitik! Verantwortung für den Schutz gemeinsamer europäischer Werte. Kritik z.B. im Falle Ungarns oder Italiens ist Pflicht.
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe	Ein Hochkommissar kann den direkten Kontakt zu Machthabern suchen, er stellt nicht bloß sondern spricht mit der Autorität der Staatengemeinschaft.	Ausweichmanöver der Koalitionsfraktionen: Neue internationale Institutionen statt klarer Außen- und Europapolitik.	Mit dem Hochkommissar für Pressefreiheit würde ein Amt mit großer Autorität etabliert und die internationale Bedeutung des Themas demonstriert.	Die Strategie der Bundesregierung: UN-Vertreter reden lassen und ungestört Geschäfte machen.	Ein UN-Rat für Pressefreiheit bestehend aus Experten mit Länderzuständigkeit bringt mehr!

SCHÜLER-BAFÖG	CVP	APD	LRP	PSG	ÖSP
Leitgedanke	Verbesserte Bildungschancen sind Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirtschaftlichen Erfolg. Schüler-BAföG setzt an der Wurzel an.	Schüler-BAföG ist eine sinnvolle Maßnahme, es kann aber nicht alle Probleme lösen und darf nicht nur den Besten zugute kommen	Mehr Bildung ist Basis jeglicher Zukunft; Leistung muss belohnt werden, wer aufsteigen will verdient die Unterstützung der Gemeinschaft	Das Bildungssystem ist sozial ungerecht; Schüler-BAföG in der vorgeschlagenen Form bedeutet keine wirksame Verbesserung	Schüler-BAföG setzt zu spät an, ist zu bürokratisch und nicht zielgerichtet genug.
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung	Schüler-BAföG kann einen finanziellen und ideellen Anreiz für Schüler aus bildungsschwachen Familien bieten.	Schüler-BAföG ist als Anreiz wichtig; allerdings muss sichergestellt werden, dass sozial benachteiligte Schüler Klasse 11 überhaupt erreichen.	Schüler-BAföG bietet einen guten Anreiz für den Einzelnen, sich auch bei ungünstiger Ausgangsbasis anzustrennen.	Schüler-BAföG in der vorgeschlagenen Form lässt sozial besonders benachteiligte Jugendliche weiterhin chancenlos.	Statt in Schüler-BAföG sollte der Staat in Angebote für Kinder und Jugendliche investieren, die früher ansetzen und ihren Zweck mit Sicherheit erreichen.
Ausschuss für Arbeit und Soziales	Das Schüler-BAföG ist mit Absicht großzügig bemessen, so dass Jugendlichen nicht nur der Schulbesuch, sondern auch Ausgaben für Bücher, einen Computer und ähnliches ermöglicht werden.	Das Schüler-BAföG sollte nicht von schulischen Leistungen abhängig gemacht werden, weil bildungsschwache Familien unfaire Ausgangsbedingungen haben.	Schüler-BAföG soll Leistungsanreize setzen; Gegenfinanzierung über gesenktes Kindergeld im Interesse vernünftigen Mitteleinsatzes sinnvoll.	Schüler-BAföG ist unsozial finanziert, Abhängigkeit von schulischen Leistungen ist nicht akzeptabel.	Schüler-BAföG ist der falsche Ansatz! Großzügige Geldverteilung an einen Teil der Bedürftigen löst das Problem nicht; ob das Geld wirklich in Bildung investiert wird ist fraglich.
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Wenn ein echter Wunsch zum Besuch eines Gymnasiums besteht, kann ein Schüler-BAföG den entscheidenden Anstoß geben; familiäre Entscheidungen und berufliche Traditionen müssen aber respektiert werden.	Schüler-BAföG gibt Jugendlichen mehr Chancen, über den eigenen Bildungsweg selbst zu entscheiden; ohne Verbesserung der prekären sozialen Lage vieler Familien in Deutschland lässt sich das Problem aber nicht nachhaltig lösen.	Das Schüler-BAföG gibt den Jugendlichen mehr Chancen, über den eigenen Bildungsweg selbst zu entscheiden und sich aus vermeintlichen familialen Verpflichtungen und finanziellen Abhängigkeiten zu lösen.	Das Problem liegt in der dramatischen sozialen Schieflage in Deutschland. Der Einsatz des Leistungsprinzips selbst bei der Hilfe für sozial Benachteiligte ist kontraproduktiv!	Entscheidend ist ein Umfeld, in dem jeder Jugendliche seine Fähigkeiten entwickeln kann. Der Staat muss ein Umfeld schaffen, das Familien unterstützt und bei deren Versagen wirksam eingreift.

WAHLRECHT	CVP	APD	LRP	PSG	ÖSP
Leitgedanke	Familien sind die Keimzelle der Gesellschaft; nur mit ihnen kann Zukunft gelingen. Dies soll sich auch im Wahlrecht ausdrücken	Zwiespalt zwischen Wunsch nach Demokratisierung durch Einbindung von mehr Bürgern und Nichtdiskriminierung Kinderloser	Bürgerrechte sollten möglichst vielen zustehen; Gespaltenheit über Familienwahlrecht, da liberalem Grundverständnis von Gleichberechtigung widersprechend	Familienwahlrecht soll von schlechter Familiopolitik ablenken; Wahlrecht ab 16 oder auch jünger erwünscht	Konsequenter Einsatz für die Ausweitung von Demokratie und Bürgerrechten
Innenausschuss	Familien sind durch ihren Anteil an Minderjährigen benachteiligt. Durch ein Wahlrecht von Geburt an wird unsere Gesellschaft demokratischer	Das Wahlrecht als vornehmstes Bürgerrecht sollte möglichst allen Bürgern zustehen. Ein Problem ist aber die daraus folgende Diskriminierung Kinderloser	Das Wahlrecht als vornehmstes Bürgerrecht sollte möglichst vielen Bürgern zustehen; Familienwahlrecht ist für die Demokratie problematisch, da Gleichheitsgebot verletzend	Für eine Ausweitung von Demokratie- und Bürgerrechten, da viele mit politischem System unzufrieden sind	„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, nicht „vom volljährigen Volke“
Familienausschuss	Niemand kann die Bedürfnisse der Kinder besser einschätzen als die Eltern; Minderjährige sind nicht reif genug, ihre Bedürfnisse selbst in politische Entscheidungen zu übersetzen	Gespaltenheit zwischen Wunsch nach Einbindung der Jugendlichen mit ihren spezifischen Bedürfnissen und Zweifeln an ihrer Reife	Jugendliche haben spezifische Interessen und sollten dabei unterstützt werden, diese zu artikulieren. Familien müssen gefördert werden, aber Zwiespalt, ob dies der richtige Weg ist	Jugendliche sollen das Wahlrecht bekommen und sind dafür reif; Familienwahlrecht ist indiskutabile Bevormundung von Kindern durch ihre Eltern	Wer eigene Interessen und Verantwortung hat, sollte diese wahrnehmen dürfen (nicht müssen); Wahl der Eltern für ihre Kinder problematisch, könnte aber politische Gespräche in der Familie befürbeln
Rechtsausschuss	Eltern nehmen schon heute in vielen Bereichen treuhänderisch die Rechte ihrer Kinder wahr. Nur wer schon volle rechtliche Pflichten hat, soll auch selbst das Wahlrecht ausüben können	Eltern nehmen bereits treuhänderisch Rechte ihrer Kinder wahr. Aber Widerspruch zum Grundgesetz (gleiche Wahl) Müssen dem Wahlrecht volle rechtliche Pflichten gegenüber stehen?	Eltern nehmen bereits treuhänderische Rechte für ihre Kinder wahr; doch Familienwahlrecht steht im Widerspruch zum Grundgesetz (gleiche, persönliche und geheime Wahl)	Jugendliche haben in heutiger Gesellschaft zahlreiche Verpflichtungen, denen entsprechende Rechte wie ein Wahlrecht gegenüber stehen sollten	Wahl der Eltern für ihre Kinder ist verfassungsrechtlich problematisch; Wahlrecht muss – wie viele andere Rechte – nicht an Volljährigkeit gebunden sein

